

Wer am lautesten schreit, holt viel raus

Zu: „Bauernproteste trotz Zugeständnissen“, FR-Politik vom 5.1., und „Bauernproteste – die große Wut“, FR-Politik vom 10.1.

Das Ergebnis von verfehlter Politik

Die Bauernproteste gegen Kürzungen im Agrarsektor beherrschen die Berichterstattung. Obwohl die Ampelkoalition einen Teil der Kürzungen schon zurückgenommen hat, entlud sich am Montag ein wahres Anti-Ampel-Gewitter, an deren Spitze die Bauernschaft stand. Ich war beeindruckt von der Power der Landwirt:innen, aber auch äußerst besorgt wegen rechter Umtriebe und verärgert über die Heuchelei aus der Union, die wie keine andere Partei an der Misere der deutschen Landwirtschaft Schuld trägt. Es geht gar nicht mehr um Kfz-Steuern oder Dieselvergünstigung. Es geht nicht einmal vorrangig um die Politik der Ampel. Es liegt in der verfehlten Landwirtschaftspolitik ganzer Jahrzehnte.

Von 2005 bis 2021 besetzte die Union das Landwirtschaftsministerium. Wenn eine Partei in Deutschland für den Zustand der Landwirtschaft verantwortlich gemacht werden kann, dann die Union – speziell die CSU, die 31 Jahre lang das Ministerium besetzte. Dass die Ampel fürs Höfesterben kritisiert wird, wirkt wie ein Fest der Heuchelei. Rolf Dotzauer, Cölbe

Die Ampelkoalition ist hochgradig verunsichert

Die Monster-Trecker bei den Aktionen zeigen: Es ist das Agro-Business, das hier demonstriert, also genau diejenigen, die am meisten zur Degradierung der Böden, zur Vernichtung der Artenvielfalt und zur CO₂-produzierenden Massentierhaltung beitragen und das weiter zu tun gedenken. Es sind die gleichen, die den ökologisch wirtschaftenden Bauern das Ackerland wegkaufen.

Die Bauern-Bosse haben gemerkt: Diese Regierung ist hochgradig verunsichert. Aufgrund

ihrer internen Konflikte ist sie unfähig zu einer bürgernahen Politik, die die Menschen überzeugt. Sie ist eingeschüchtert durch Umfragen, die ständig wachsende Zustimmungszahlen für die AfD melden. Wer in dieser Situation am lautesten schreit, hat die Chance, am meisten für sich herauszuholen. Susanne Roether, Frankfurt

Die Regierung verhöhnt die Bauern

Die Berichte, Kommentare und Leserbriefe zu den Bauernprotesten sind meist oberflächlich und gehen nicht auf die Zusammenhänge ein. Es war die Politik aller Regierungen, die Bauern in die industrielle Landwirtschaft und in die Massenproduktion zu treiben. Der Bauer, der nicht mithalten konnte, musste aufgeben. Die meisten haben ihren Betrieb in den letzten Jahrzehnten aufgegeben. Der Rest konnte nur überleben dank der Subventionen. Subventioniert wurde bewusst eine umweltschädliche Produktionsweise. Es ist ein Hohn, wenn derselbe Staat den Bauern nun diese Subventionen entzieht – und sie nicht durch umweltfreundliche Subventionen ersetzt, die eine Energiewende fördern: Förderung der Umstellung auf elektrotriebene Trecker, Mähdrescher usw. Die Bauern brauchen diese Unterstützung vielleicht noch mehr als die Pkw-Besitzer, denn die Bauern nutzen diese Fahrzeuge wirklich nur für ihre – wertvolle – Arbeit.

Außerdem: Stärkere Förderung der Biolandwirtschaft, damit immer mehr Bauern umsteigen. Das Handeln der Regierung zeigt hier wie in allen Bereichen, dass es nicht auf den Schutz von Umwelt und Klima ausgerichtet ist. Hier wollte sie nur kürzen, wo sie – fälschlich – keinen starken Widerstand erwartete. Eine solche maßlos dumme Politik bereitet den rechtsgerichteten Demokratiefreunden den Weg –

wie wir es in Holland gesehen haben, wie wir es auch in Frankreich sehen werden. Wenn die Regierung Geld braucht, könnte ich ihr erzählen, wo sie es besser holen kann. Manfred Bonson, Lüdinghausen

Hetzkampagnen können Folgen haben

Wer Symbole an den Galgen hängt, könnte auch bereit sein, Menschen aufzuhängen. Nach Hetzkampagnen starben in der Weimarer Republik der Jahre 1919 bis 1923 durch politische Morde politisch aktive Personen: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Kurt Eisner, Matthias Erzberger, Walther Rathenau. Dies sind nur die bekanntesten Namen. Elisabeth Schneider, Rodenbach

Ein Beitrag zur globalen Umweltzerstörung

Die „Letzte Generation“ weist durch kurzzeitige Straßenblockaden medienwirksam auf die Gefahren der Klimaveränderung hin. Und handelt sich damit die Wut von Autofahrern sowie Geld- und Freiheitsstrafen ein. Die Bauern hingegen, Teil der weltweiten Umweltzerstörung (giftige Pestizide, Monokulturen, Massentierhaltung, Diesel-Fahrzeuge) gebärden sich bei ihren Demonstrationen wie eine Besatzungsarmee (Traktoren ersetzen Panzer und Geschütze), legen den Verkehr in Städten vollständig lahm und drohen der Bundesregierung mit Gewalt. Zudem mobilisiert ihr Handeln Rechtsextremisten, die diese Steilvorlagen nutzen wollen. Die Dilettanten der „Letzten Generation“ und die Bauern auf dem Kriegspfad passen nicht zusammen. Dennoch solidarisieren sich die Umweltschützer mit den Landwirten – ein völlig absurdes Verhalten, das ihr eigentliches Anliegen diskreditiert. Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/schluettsiel



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20240113

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Journalistin Monica Weber-Nau über ihr Buch „Der Weg heimwärts“.

Sonntag, 21. Januar, 11 Uhr
Restaurant „Herr Franz“
Ulmenstraße 20, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht bei der Konferenz „Diktatur wählen? Demokratische Kultur und ihre Feinde“ der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz in Berlin über die Rolle der Medien. Anmeldung zur Veranstaltung und Livestream unter ghwk.de
Sonntag, 21. Januar, 14-18 Uhr
Gemeindehaus der Jüdischen Gemeinde, Fasanenstraße 79/80
Berlin

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Peter Brandt über sein Buch „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Eintritt frei.
Montag, 22. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Stephan Hebel lädt ein zu „Hebels aktueller Stunde“ mit Vortrag und Diskussion. Livestream unter fr.de/hebelsstunde.
Donnerstag, 25. Januar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5
Frankfurt

Sprachlich verroht

Dreikönigstreffen: „Die FDP macht sich Hoffnung“, FR-Politik vom 8.1.

Laut Titelseite der FR vom 8.1. beschwor Marie-Agnes Strack-Zimmermann auf dem Stuttgarter Dreikönigstreffen der FDP „den Widerstandsgeist gegen Populismus von rechts wie von links“. Mit Blick auf den eventuellen Anstieg antieuropäischer Parteien bei der nächsten Europawahl warnt sie davor, dass „die Kacke hier (in Deutschland) am Dampfen ist, und zwar braun und rot.“; an derer Stelle spricht sie von „reinkotzen“ und „Weicheiern“.

Mit dieser Wortwahl aus der Fäkalien Sprache, heute gang und gäbe von „Tatort“-Krimis über die Jugendsprache bis hin zu den asozialen Medien, biedert sich diese Politikerin bewusst und gewollt bei der versammelten FDP-Gemeinde und einer sprachlich verrohten und radikalisierten Öffentlichkeit an, die sie angeblich bekämpfen will. Und dies war kein spontaner Ausrutscher, sondern geplant und gezielt gesetzt Reizworte, um sich als volksnahe, deutlich ansagende Kämpferin zu profilieren.

Damit fällt aber der Vorwurf des Populismus auf sie selbst zurück. Diese liberale Politikerin nimmt sich die Freiheit und greift in die unterste Schublade populistischer Rhetorik: Auch dafür „bekommt sie minutenlangen stehenden Applaus.“ Es geht also auch in diesem Jahr gerade so weiter.

Helmut Helm, Bischofsheim

Dunkelste Erinnerungen

Stationierung von Brigade: „Zweifel an Litauen-Einsatz“, FR-Politik vom 28.12.

Nun kommt Boris Pistorius (deutscher Verteidigungsminister, Anm. d. Red.) mit der Absicht und der gegebenen Zusage einer Stationierung eines deutschen Truppenverbandes in Litauen, ohne dies zuvor in trockene Tücher gewickelt zu haben. Die Fragen nach Material und Finanzierung sind offen, ebenso die Frage, ob sich überhaupt 5000 Freiwillige für diesen Auftrag finden werden. Ein weiteres Ampel-Beispiel die Pferde von hinten aufzusatteln. Stichwort: Heizungsgesetz.

Es mag sein, dass die Nato dahingehend Pläne hatte. Muss es aber ausgerechnet ein deutsches Truppenkontingent sein? Hat Pistorius keinerlei Fingerspitzengefühl in Bezug auf historische Verantwortung oder hat er schlichtweg mangelndes historisches Wissen und Verständnis?

Der Raum Litauen war nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 Aufmarschgebiet deutscher Truppen für weitere Vorstöße in Richtung Minsk (Weißrussland), verbunden mit fürchterlichen Straßenkämpfen. Was Pistorius da plant, kann im Osten nur dunkelste Erinnerungen wecken. Klaus Boll, Frankfurt

Die Ukraine sollte die Krim abtreten

Selenskyj dringt auf Waffen gegen Russland: „Mehr Luftabwehr“, FR-Politik vom 11. Januar

Haben Sie schon einmal von einem Feuer gehört, das immer kleiner wurde, je mehr Brennholz man hineinwarf? Das tun Ost und West in der Ukraine. Selenskyj fordert vom Westen mehr und mehr Waffen, Russland reagiert entsprechend. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis einer die Nerven verliert und die Atombombe wirft. Einhundertgenügen, um die Erde unbewohnbar zu machen. Wir haben aber annähernd 13000 Atomsprengköpfe weltweit. Russland verfügt gegenwärtig über etwa 6000, die USA über rund 5500. De-Eskalation ist dringend gefragt, damit „die Milch nicht überkocht“! Es ist aber weit und breit kein „De-Eskalierer“ in Sicht! Da hilft nur das Sprichwort „Der Klügere gibt nach“.

Die Krim hat von 1783 bis 1956 zu Russland gehört, bis Nikita Chruschtschow, Generalse-

ekretär der KPDSU, sie der Ukraine zuschlug, ohne hierzu die Genehmigung vom Obersten Sowjet erhalten zu haben. Er wollte seine Heimat, die Ukraine, für im Zweiten Weltkrieg erlittene Schäden entschädigen. Diese innersowjetische Grenzverschiebung bereitet uns heute viel Kopfzerbrechen.

Vorschlag zur Lösung des Konflikts, ohne weitere Hunderttausende von Toten zu produzieren: Wladimir Putin kann es sich nicht leisten, angesichts Hunderttausender gefallener russischer Soldaten nach Kriegsende mit leeren Händen vor das russische Volk zu treten. Er muss eine „Kriegsbeute“ vorzeigen können. Die Ukraine möge Putin anbieten, auf die Krim zu verzichten unter der Bedingung, dass die Krim künftig von Russland und der Ukraine gemeinsam verwaltet wird. Eine Recht-

fertigung für diesen Vorschlag ist die Tatsache, dass die Mehrzahl der Bürger russisch spricht.

Damit der Hass zwischen Ukrainern und Russen nicht die Grenze zwischen der Ukraine und Russland zu einer ewig friedlosen Grenze macht, werden entlang der Grenze für die Dauer von 25 Jahren UNO-Truppen stationiert. Gleichzeitig wird unter Vermittlung der UNO ein Vertrag über die stufenweise Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Ukraine und Russland abgeschlossen, der nach 25 Jahren bei Abzug der UNO-Truppen durch einen ukrainisch-russischen Vertrag über gute Nachbarschaft ersetzt wird, damit die ungeborenen russischen und ukrainischen Generationen nicht mehr unter dem ererbten Hass ihrer Vorväter leiden müssen. Otfried Schrot, Hannover